

AUFZEICHNUNG ÜBER DIE BERATUNGEN ZWISCHEN DEM UNGARISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN GÖMBÖS, DEM UNGARISCHEN AUSSENMINISTER KÁNYA, DEM ÖSTERREICHISCHEN BUNDESKANZLER SCHUSCHNIGG UND AUSSENMINISTER BERGER- WALDENEGG IN BUDAPEST AM 13./14. MÄRZ 1936

Budapest, den 14. März 1936

Der österreichische Kanzler Schuschnigg leitete die Beratung mit der Erklärung ein, daß der österreichisch-tschechoslowakische Handelsvertrag fertiggestellt sei und insofern günstige Ergebnisse zeitige, als das sich ungefähr auf 100 Millionen tschechische Kronen belaufende Passivum des österreichisch-tschechoslowakischen Handelsvertrages um 15 Millionen gesenkt werden konnte. Über Politik sei bei Schuschniggs Besuch in Prag nur wenig gesprochen worden. Das Ergebnis werde sein, daß der Ende Mai ablaufende Schiedsgerichtsvertrag verlängert und ihm eine möglichst nichtssagende Freundschaftsklausel hinzugefügt werde.

Hodžas mitteleuropäischer Wirtschaftsplan baue sich auf drei Etappen auf:

- a) Festigung der heutigen Lage,
- b) Steigerung des Warenaustauschs.
- c) Schaffung einer Weizenzentrale in Wien.

Hodža habe entschieden erklärt, daß sich sein Plan weder gegen Italien noch gegen Deutschland richte und daß er damit rechne, den Agrarüberschuß der Donaustaaten (seiner Meinung nach ungefähr 10 Millionen Doppelzentner) auch auf dem englischen Markt unterzubringen.

In Wien - so setzte der Kanzler fort - habe man Hodža zur Kenntnis gebracht, daß Österreich unter keinen Umständen an der Durchführung eines möglicherweise zu fassenden Beschlusses über Repressalien gegen Deutschland teilnehmen könnte. Über das österreichisch-deutsche Verhältnis äußerte sich Schuschnigg in diesem Zusammenhang dahingehend, daß es - seiner Ansicht nach - nicht „unheilbar“ sei, aber noch vieles zu wünschen übrig lasse. „Deutschland verkehrt mit den österreichischen offiziellen Stellen überhaupt nicht“, und auf wirtschaftlichem Gebiet sei die Haltung Berlins einfach empörend. So fordere man zum Beispiel, daß das nach Deutschland zu verladende Holz nicht aus dem Besitz des Fürsten Starhemberg oder des österreichischen Klerus stamme. Nach diesem Vortrag legte Schuschnigg dar, „er würde einen vernünftigen Akkord mit Deutschland begrüßen“ und - erklärte er nachdrücklich - bis dieser zustande käme, würde er keine gegen Deutschland gerichtete Außenpolitik führen; gleichzeitig betonte er, daß er sich nicht vom Wege der italienischen Freundschaft abdrängen lasse. Auf das Deutsche Reich zurückkommend, legte er dar, daß ein Abkommen, das einen Angriff ausschlosse, die österreichische Regierung nicht befriedigen würde, weil die Österreichischen Nationalsozialisten ihr bekanntes Ziel durch innenpolitische Agitation zu erreichen hofften. In dieser Beziehung müßte Deutschland eine Garantie geben (zum Beispiel durch den Abschluß eines Nichteinmischungsabkommens). Den weiteren Ausführungen des Kanzlers war zu entnehmen, daß der Schritt des deutschen Reichskanzlers Hitler vom 7. März (die Remilitarisierung des Rheinlandes) in Wien ungewöhnliche Besorgnis erweckt habe. Man fürchte, daß der nächste Schritt, wenn die

Deutschen über die jetzige Krise glücklich hinweggekommen seinen, sich gegen Österreich richten werde. Das erklärt vielleicht den Umstand, daß Schuschnigg den tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Hodža mit so warmen Worten erwähnte, der, seiner Meinung nach, viel ehrlicher und elastischer sei als Beneš, der sich immer mit großer Starrheit an die Beachtung der geschlossenen Verträge halte. Er erklärte von neuem nachdrücklich, daß die österreichische Regierung auch in Zukunft fest zum Römischen Dreierblock stehen werde.

Dann ergriff ich das Wort und betonte den österreichischen Ministern gegenüber, daß Schuschniggs Prager und Hodžas Pariser und Belgrader Besuche den allgemeinen Eindruck erweckt hätten – wie das verschiedene Diplomaten mir gegenüber erwähnten –, als habe in Wien der französische Einfluß die Oberhand gewonnen und die gegenwärtige Situation solle dazu genutzt werden, Österreich von seinen bisherigen Freunden abzubringen und Ungarn auf diese Weise zu isolieren. Unser Vertrauen in die österreichische Regierung sei selbstverständlich keineswegs erschüttert, und wir zweifelten keinen Augenblick an den von Österreich gegebenen Versprechen. Dessen ungeachtet erscheine es uns angesichts der oben erwähnten Auffassung nützlich, daß wir den Leitfaden unserer in gemeinsamen Fragen zu verfolgenden Außenpolitik von neuem in unzweifelhafter Weise festlegten, damit wir einem vielleicht in der Zukunft erneuerten Angriff gegenüber, der die gut bewährte österreichisch-ungarische Freundschaft berühren könnte, gewappnet seien. Deshalb müßten wir unseren Standpunkt zur Annäherung an die Staaten der Kleinen Entente von neuem und noch einmal genau festlegen. Unserer Auffassung nach müßten wir uns in diesem Zusammenhang die folgenden grundlegenden Faktoren vor Augen halten:

1. Die politische Annäherung an die Kleine Entente sei im allgemeinen verfrüht, abgesehen von dem Fall, daß es gelingen würde, sich schrittweise Jugoslawien zu nähern. Mit der Tschechoslowakei müsse jede politische Übereinkunft ausgeschlossen werden. Sich Rumänien anzunähern, wäre vom politischen Gesichtspunkt nicht leicht, allein schon wegen der stark sowjetfreundlichen Haltung des Außenministers Titulescu.

2. Gegen eine wirtschaftliche Annäherung hätten wir prinzipiell natürlich nichts einzuwenden, vorerst aber müßten wir uns auch mit geringeren Erfolgen begnügen. Gegenwärtig brauchte man zur Besserung der Lage nur zweiseitige Wirtschaftsverträge zu schließen, es wäre aber nicht statthaft, nach der sogenannten Donaukonföderation zu trachten, denn ein solcher Plan würde am Widerstand der interessierten Großmächte scheitern und auf den Markt dieser Großmächte sei sozusagen jeder Donaustaat schon aus dem Grunde angewiesen, weil – wie bekannt – nach eingehendem Studium festgestellt worden sei, daß eine Fünferkombination der Donaustaaten keinen einzigen der Teilnehmer vollkommen befriedigen würde.

Ich lenkte die Aufmerksamkeit der österreichischen Minister darauf, daß der hiesige deutsche Gesandte mir den offiziellen Standpunkt des Deutschen Reiches mitgeteilt habe, nach dem die deutsche Regierung nur einer solchen eventuell zustande kommenden Vereinbarung zustimmen würde, an deren Besprechungen sie von Anfang an teilnehme. Sie sei im übrigen überhaupt nicht geneigt, ein ihr fertig präsentiertes Abkommen nachträglich zu akzeptieren.

Demnach habe weder ein Plan in der Art von Tardieu, noch ein Block, der die wirtschaftlichen Vorstellungen des Römischen Paktes und der Kleinen Entente verbände, die geringste Chance.

Hierauf bemerkte Schuschnigg lächelnd, es scheine demnach so, als wäre Berlin der Auffassung, daß nur Deutschland das Recht habe, die Welt vor vollendete Tatsachen zu stellen.

3. Eine von uns ausgehende Anregung zu einer wirtschaftlichen Donaukonföderation sei also nicht möglich. Soweit die Kleine Entente von sich aus Vorschläge machen würde, müßte man darauf in dem Sinne antworten, daß die Steigerung des Warenverkehrs zwischen den Donaustaaten eher durch eine Erweiterung der bestehenden Handelsverträge zu erreichen wäre.

4. Solange der italienisch-abessinische Konflikt nicht endgültig abgeschlossen sei, müßten unserer Ansicht nach Österreich, Italien und Ungarn jeder mitteleuropäischen Kombination gegenüber größte Vorsicht und Zurückhaltung zeigen. Bei etwaigen Vorschlägen werde keine der Regierungen der drei Staaten Stellung nehmen, ohne vorher mit den Regierungen der beiden anderen Staaten in Verbindung getreten zu sein.

5. Jede Äußerung oder Maßnahme, die Deutschland als gegen sich gerichtet betrachten könnte, sei sorgsam zu umgehen.

6. Die drei Staaten würden gemeinsam protestieren, wenn man Sowjetrußland in den mitteleuropäischen Fragenkomplex einbeziehen wolle.

Nach dem oben Gesagten legte ich zur politischen Annäherung der fünf Donaustaaten noch folgendes dar:

Die Gegenseite hoffe, diese Annäherung entweder durch den Abschluß eines Vertrages über gegenseitigen Beistand (assistance mutuelle) oder aber durch das automatische Inkrafttreten des Artikels 16 der Völkerbundssatzung zu sichern. Die zweite Modalität – fuhr ich fort – würde auf ein ähnliches Ergebnis hinauslaufen, wie die erste, der sich Ungarn aus den schon im Vorjahr in Venedig dargelegten Gründen nicht anschließen könnte. Ich hob weiter hervor, daß, soweit man die Ausweitung des Artikels 16 zur Sprache brächte, ich von meiner Seite fordern werde, die Präventivartikel der Völkerbundssatzung (12, 13, 19) dementsprechend ähnlich umzuformulieren. Ich betonte, daß ich bereits in Venedig gesagt habe, nur im Falle des Abschlusses eines Vertrages über die militärische Gleichberechtigung wäre ich geneigt, mit der Kleinen Entente einen Vertrag politischen Charakters zu schließen. Damals wäre ich noch bereit gewesen, mit dem Inkrafttreten der Gleichberechtigung einige Monate zu warten, heute aber sei mein Standpunkt, mich nur im Falle der vorherigen Sicherung der militärischen Gleichberechtigung mit den Vertretern der Kleinen Entente an den grünen Tisch zu setzen. Im allgemeinen meine ich, wie schon oben erwähnt, daß der Versuch einer politischen Annäherung heute noch verfrüht sei und wir daher zufrieden seien, wenn es in bezug auf Jugoslawien gelungen sei, eine bessere Atmosphäre als bisher zu schaffen.

Ich hob von neuem die Notwendigkeit einer Besserung der österreichisch-deutschen Beziehungen hervor und gab gleichzeitig meiner Ansicht Ausdruck, daß dies Berlin, oder zumindest die Wilhelmstraße, ehrlich wünsche, nur in der Nationalsozialistischen Partei bestünden vielleicht noch Schwierigkeiten. Zum Beweis meiner Feststellung teilte ich noch streng vertraulich mit, daß die Deutschen uns gefragt hätten, ob wir nicht diesbezüglich einen Vorschlag unterbreiten könnten, der sowohl Berlin als auch Wien befriedigen könnte.

Das Gesagte zusammenfassend, trug ich den österreichischen Ministern vor, daß

1. die politische Annäherung an die Staaten der Kleinen Entente, Jugoslawien vielleicht ausgenommen, vorerst zurückzustellen sei,
2. ich die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen derzeit nur durch den Abschluß zweiseitiger Verträge, beziehungsweise durch die Erweiterung der bestehenden Verträge für möglich halte.

Sowohl Schuschnigg wie Baron Berger-Waldenegg identifizierten sich vollkommen mit dieser Auffassung und betonten, daß sie ihre Außenpolitik in Zukunft nach diesen Richtlinien führen würden. In bezug auf Jugoslawien jedoch bemerkten sie, daß wegen der in letzter Zeit gegen die Restauration gehaltenen Rede des jugoslawischen Ministerpräsidenten Stojadinović zwischen Wien und Belgrad eine gewisse Abkühlung eingetreten sei. Schuschnigg betonte sehr nachdrücklich, daß er – im Gegensatz zu den auch mir gegenüber vom Budapester jugoslawischen Gesandten erwähnten Gerüchten – niemals einen Besuch in Belgrad angeboten habe. Es sei lediglich davon die Rede gewesen, daß sich Berger-Waldenegg und Stojadinović vielleicht in Bled treffen würden. Vollkommen unwahr – fuhr der Kanzler fort – sei auch die Nachricht, daß Fürst Starhemberg sich auf eine Fahrt nach Bukarest vorbereite. Die Geschichte dieses Gerüchts sei, daß der rumänische Gesandte in London Starhemberg gegenüber zur Sprache gebracht habe, wie nützlich ein solcher Besuch für beide Staaten wäre. Der Vizekanzler habe darauf geantwortet, wenn sein Besuch in Bukarest gewünscht würde, sollte man ihn offiziell einladen. Das sei aber bisher ebenfalls nicht geschehen.

Ich hob dann hervor, daß die Politik des österreichischen Handelsministers Stockinger hier bei vielen den Eindruck erweckt habe, als hätte der Minister die Absicht, die derzeit bestehende Ordnung Ungarns und Österreichs allmählich umzustößen.

Schließlich übergaben wir ein Aide-memoire unserer unter b) beigefügten wirtschaftlichen Beschwerden, zu dem die österreichischen Minister – nachdem sie unsere Beschwerden mit den ungarischen Wirtschaftsministern besprochen hatten – erklärten, daß unsere Wünsche in bezug auf Weizen und Mehl wahrscheinlich erfüllbar sein werden, und Schwierigkeiten nur in bezug auf die Ausfuhr ungarischen Weines in größerer Menge zu erwarten seien.

Kánya

[Quelle: Allianz Hitler-Horthy-Mussolini. Dokumente zur ungarischen Aussenpolitik (1933-1944), Budapest 1966, S.119-123.]